

Thema der Woche

Eine europäische Säule sozialer Rechte – heiße Luft um bereits Bestehendes?

In Kürze

30 Jahre Austauschprogramm Erasmus

Neues aus der Kommission

Konsultation zur Halbzeitüberprüfung der Kapitalmarktunion gestartet
Kommission setzt weitere Schritte zur Umsetzung des
Kreislaufwirtschafts-Aktionsplans
Wie kann die Richtlinie über den kombinierten Güterverkehr effizienter werden?

Neues aus dem Europäischen Parlament

INTA-Ausschuss stimmt für CETA
Umweltausschuss verschärft Vorgaben der Kommission zur Kreislaufwirtschaft

Neues aus anderen Bereichen

EU-Lehrgang der WKÖ in Brüssel

Neues aus den Verbänden

Rabmer-Koller: Bessere Garantiemöglichkeiten helfen KMU bei Finanzierungsproblemen

Inside Brussels

EU-Wirtschaftsclub mit US-Diplomat Shub: Gemeinsame Ziele Jobs und Wachstum

Statistik der Woche

Tourismus: Zahl der Übernachtungen in der EU steigt weiter

EU-Agenda

EU-Kommission: 2198. Sitzung am 31. Januar 2016

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Parlament: Ausgewählte Themen des Plenums der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenberg 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Eine europäische Säule sozialer Rechte – heiße Luft um bereits Bestehendes?

Anfang dieser Woche fand in Brüssel eine Konferenz zur Säule sozialer Rechte statt, an der die Europäische Kommission momentan arbeitet. Eingeladen wurden rund 700 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus den Behörden der verschiedenen Mitgliedstaaten, EU-Institutionen sowie Stakeholdern. Darunter waren auch hochrangige Vertreter des Kollegiums der Europäischen Kommission selbst sowie mehr als 20 nationale Minister als auch Vertreter der (europäischen) Sozialpartner und der Zivilgesellschaft. Diskutiert wurden Ergebnisse der bis Ende letzten Jahres laufenden öffentlichen Konsultation zur europäischen Säule sozialer Rechte. Die Wirtschaftskammer Österreich hat sich sowohl direkt als auch über den europäischen KMU-Verband UEAPME an der Konsultation beteiligt.

Im Laufe des Frühjahrs will Kommissarin Marianne Thyssen nun einen Entwurf zur Säule präsentieren. Laut ihrem ersten Ansatz vom Frühjahr 2016 will die Kommission auf die sich wandelnde Arbeitswelt, Stichwort: Digitalisierung reagieren und gleichzeitig eine Bestandsaufnahme des sozialpolitischen Acquis erstellen, indem zwanzig verschiedene Bereiche wie Chancengleichheit, Zugang zum Arbeitsmarkt oder Arbeitnehmerschutz zusammengeführt werden. Außerdem will sie vorhandene Lücken, deren Existenz von der Sicht des Betrachters abhängt, schließen. Das Motto der Kommission dazu lautet: *Konvergenz nach oben*. Das Europäische Parlament ist mit der Annahme einer Entschließung letzte Woche im Plenum auf diesen Zug aufgesprungen und unterstützt das Vorhaben der Kommission. Die Leistungen der Sozial- und Beschäftigungspolitik der verschiedenen Mitgliedstaaten sollten sich demnach EU-weit an den Vorreiter anpassen.

Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten der EU sind historisch gewachsen. Durch die Festlegung von (rechtlichen) Mindestvorschriften – man beachte dazu, dass die Kompetenz in Bezug auf arbeits- und sozialrechtlichen Fragen mehrheitlich in den Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten fällt – gibt es eine gewisse Konvergenz der Rechte, die jedoch nicht zwangsläufig mit einer wirtschaftlichen oder sozial- bzw. beschäftigungspolitischen Konvergenz einhergeht. Die in den Verträgen festgelegte Kompetenzverteilung zwischen europäischer und nationaler Ebene kann durch eine soziale Säule nicht verändert werden.

Vertreter der Wirtschaft, so auch die Wirtschaftskammer Österreich, sehen als momentane Hauptherausforderung das weiterhin zu geringe Wirtschaftswachstum, ein pessimistisches Investitionsklima, und somit auch weniger Unternehmensgründungen, aber auch eine ungünstige demographische Entwicklung. Damit gehen weniger Beschäftigungsmöglichkeiten Hand in Hand. Europa leidet demgemäß nicht an einem Mangel an Sozialpolitik, sondern an einem Mangel an entsprechendem Wirtschaftswachstum, aufgrund dessen auch mit keinem Beschäftigungswachstum zu rechnen ist. Die Sorge um ein mangelhaftes Entstehen von Arbeitsplätzen ist berechtigt, der Lösungsvorschlag Arbeitsplätze herbeiregulieren zu wollen allerdings nicht. Der Fokus sollte daher sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene nicht auf einer Erweiterung europäischer Sozialpolitik, sondern auf der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums liegen. Die Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte können jedoch dazu dienen, im Rahmen des Europäischen Semesters für einen beschränkten Bereich Benchmarks für die Durchführung von dringend nötigen Reformen auf den Arbeitsmärkten festzulegen.

Ansprechpartnerin: Barbara Dallinger

Inhaltsverzeichnis



In Kürze

30 Jahre Austauschprogramm Erasmus

Diese Woche wurde das 30jährige Bestehen des Austauschprogramms Erasmus gefeiert: Erasmus wurde 1987 als Austauschprogramm für Hochschulstudierende eingerichtet. Damals nahmen 3.200 Studierende aus elf europäischen Ländern teil. Seitdem hat sich das Programm kontinuierlich weiterentwickelt. Heute umfasst **Erasmus+** ein **breites Spektrum an Förderangeboten in den Bereichen Hochschulbildung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Schulbildung, Erwachsenenbildung, Jugend und Sport**. Zur Zielgruppe zählen Lernende, Lehrkräfte und Jugendbetreuer. In den vergangenen 30 Jahren hat das Programm **neun Millionen Menschen** die Möglichkeit gegeben, einen Teil ihres Studiums oder ihrer Ausbildung im Ausland zu absolvieren, dort Freiwilligendienst zu leisten oder Berufserfahrung zu sammeln. Aus **Österreich** nahmen seit 1992 mehr als 80.000 Studenten und Praktikanten teil. **Erasmus+ verfügt über sehr viel engere Verbindungen zum Arbeitsmarkt als seine Vorgängerprogramme**. Beispielsweise werden Auslandspraktika von Studierenden in Unternehmen und Organisationen gefördert, und nichtformale Lernerfahrungen sorgen dafür, dass junge Menschen besser auf das Arbeitsleben vorbereitet sind und sich in der Gesellschaft engagieren.

Inhaltsverzeichnis



Neues aus der Kommission

Konsultation zur Halbzeitüberprüfung der Kapitalmarktunion gestartet

Die Kommission hat am 20. Januar eine **öffentliche Konsultation** zur Halbzeitüberprüfung der Kapitalmarktunion 2017 gestartet. Die Schaffung der Kapitalmarktunion ist ein erklärtes Ziel der Kommission und auch Teil ihrer **Investitionsoffensive**. Am 30. September 2015 hatte die Kommission einen umfassenden **Aktionsplan** zur Schaffung einer Kapitalmarktunion gestartet. In diesem wurden 33 Maßnahmen vorgestellt, die bis zum Jahr 2019 umzusetzen sind. Erklärte Ziele sind dabei unter anderem die **Erleichterung der kapitalmarktbasierter Finanzierung von Unternehmen sowie die Schaffung von neuen, vor allem auch grenzüberschreitenden Investitionsmöglichkeiten**.

Bei der Konsultation soll herausgefunden werden, wie das derzeitige Programm zur Kapitalmarktunion aktualisiert bzw. abgeschlossen werden kann und letztendlich einen **starken politischen Rahmen für die Entwicklung der Kapitalmärkte** schafft, der an die bis dato veröffentlichten Initiativen der Kommission anknüpft. Durch die Konsultation, die bis zum 17. März läuft, können die Maßnahmen des Aktionsplans auch schon vor der Halbzeitüberprüfung 2017 bewertet werden. Bereits am 11. April sollen deren Ergebnisse bei einer öffentlichen Anhörung zur Kapitalmarktunion präsentiert werden. Die Halbzeitüberprüfung des Aktionsplans ist dann für Juni 2017 vorgesehen.

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

Inhaltsverzeichnis

Kommission setzt weitere Schritte zur Umsetzung des Kreislaufwirtschafts-Aktionsplans

Vor etwas mehr als einem Jahr hat die Europäische Kommission ihr Paket zur Kreislaufwirtschaft verabschiedet. Diese Woche setzte sie mehrere Initiativen, um weitere Etappen des Aktionsplans umzusetzen.

Zum einen unterbreitete sie einen **Legislativvorschlag**, mit dem die sogenannte „RoHS-Richtlinie“ überarbeitet werden soll. Diese Richtlinie enthält Rechtsvorschriften zur **Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten**. Ziel der Initiative ist es, gefährliche Stoffe nach Möglichkeit zu ersetzen, um das Recycling von Bauteilen rentabler zu machen. Durch die vorgeschlagenen Änderungen sollen darüber hinaus Sekundärmarktaktivitäten (z.B. Weiterverkauf) und die Reparatur von Elektro- und Elektronikgeräten erleichtert werden.

Zum anderen verabschiedete die Kommission unverbindliche **Leitlinien zum Thema „Energiegewinnung aus Abfällen“** in Form einer **Mitteilung**. Die Kommission stellt darin einleitend klar, dass unterschiedliche Technologien zur Energiegewinnung aus Abfällen beitragen können – explizit genannt werden z.B. die anaerobe Vergärung von Bioabfällen, die Mitverbrennung von Abfällen im Zuge der Produktion von Strom, Zement oder Kalk, sowie die Produktion von Treibstoffen aus Abfällen.

In der Mitteilung gibt die Kommission den Mitgliedstaaten Empfehlungen, wie sie die **richtige Balance** finden, wenn es um die **Errichtung von Infrastruktur für die Energiegewinnung aus Abfällen** geht und wie diese Methode der **Energiegewinnung möglichst effizient** angewendet wird.

Um einen effizienten Beitrag zur Kreislaufwirtschaft zu leisten, muss sich nach Ansicht der Kommission die **Energiegewinnung aus Abfällen grundsätzlich an der sog. Abfallhierarchie orientieren**. Letztere gibt eine Rangfolge vor, in der Abfälle behandelt werden sollten, um negative Auswirkungen auf die Umwelt möglichst zu minimieren – ganz oben rangiert die Abfallvermeidung gefolgt von der Wiederverwertung und dem Recycling. Die Kommission hält jedoch richtigerweise auch klar fest, dass **für spezifische Abfallströme** aus Gründen der technischen Machbarkeit sowie der ökologischen und ökonomischen Sinnhaftigkeit **ein Abweichen von den Vorgaben der Abfallhierarchie notwendig** ist, um das aus umweltpolitischer Sicht optimale Ergebnis zu erreichen.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

Inhaltsverzeichnis

Wie kann die Richtlinie über den kombinierten Güterverkehr effizienter werden?

Im Rahmen des **kombinierten Güterverkehrs** werden Güter in intermodale Ladeeinheiten (z.B. Container) verladen und sodann unter Verwendung **mehrerer Transportmodi** von einem Ort zum anderen gebracht. Damit man von einem kombinierten Gütertransport im Sinne der Richtlinie 92/106/EWG sprechen kann, muss der **Hauptteil des Transports per Eisenbahn oder Schiff** erfolgen, während nur verhältnismäßig **kurze Distanzen per LKW** zurückgelegt werden. Die durch die genannte Richtlinie von der Kommission forcierte Förderung des kombinierten Güterverkehrs sollte einen **positiven Beitrag zu umwelt- und sozialpolitischen Zielen** (wie z.B. der Reduktion von Treibhausgasemissionen im Transportsektor) leisten. Eine Evaluierung der Richtlinie hat jedoch ergeben, dass es großes **Potenzial zur Steigerung ihrer Effektivität** gibt. Aus diesem Grund sieht die Kommission im Arbeitsprogramm für das Jahr 2017 (im 4. Quartal) die Überarbeitung der Richtlinie über den kombinierten Güterverkehr vor.

Um Informationen zu diesem Thema zu sammeln, hat die Kommission eine **öffentliche Konsultation** gestartet. Alle Unternehmen, Organisationen und Bürger können den entsprechenden **allgemeinen Fragebogen** online

bis zum 23. April ausfüllen. Darüber hinaus gibt es eine gezielte Befragung von Unternehmen und Organisationen mit einschlägigem Wissen und Interesse in Bezug auf diese Materie. Letztere wird erst im Laufe des Frühlings veröffentlicht werden – Interessierte können sich aber bereits jetzt per Mail auf eine entsprechende Liste setzen lassen und werden dann rechtzeitig verständigt.

Die österreichische Verkehrswirtschaft ist offen für eine multimodale Ausgestaltung des Güterverkehrs. Im Moment steht dem jedoch der Mangel an einer entsprechenden Verladeinfrastruktur entgegen.

Ansprechpartner: Franz Brudl

Inhaltsverzeichnis



INTA-Ausschuss stimmt für CETA

Der Ausschuss für internationalen Handel (INTA) des Europäischen Parlaments hat am 24. Januar für das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement - CETA) gestimmt. Tags zuvor gab es dazu noch Diskussionen über letzte Detailfragen.

Die Verhandlungen zu CETA waren seit 2009 unter Einbindung des Europäischen Parlaments und aller 28 EU-Regierungen geführt worden. Im Juli 2016 hatte die Kommission angeregt, das Abkommen als sogenanntes gemischtes Abkommen zu behandeln. Dies bedeutet, dass CETA auch von den nationalen und regionalen Parlamenten ratifiziert werden muss, um endgültig in Kraft zu treten. Am 30. Oktober 2016 erfolgte die Unterzeichnung durch die Europäische Union und Kanada. **Die Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments ist für den 15. Februar angesetzt.** Sollte dieses zustimmen, könnte das Abkommen bereits Anfang März vorläufig angewendet werden.

Österreich weist eine positive Güterhandelsbilanz mit Kanada auf. 2015 wurden Güter im Wert von über einer Milliarde Euro nach Kanada exportiert, die Importe aus Kanada betragen 440 Millionen Euro. Im Dienstleistungsbereich betragen 2015 die Dienstleistungsexporte nach Kanada 220 Millionen Euro, während die Importe 174 Millionen Euro ausmachten. Die WKÖ befürwortet eine strategisch ausgelegte und aktive EU-Handelspolitik und in diesem Zusammenhang auch ein umfassendes und ehrgeiziges Handelsabkommen mit Kanada. Als eine vom internationalen Handel abhängige Volkswirtschaft wird Österreich von diesem Abkommen erheblich profitieren.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Inhaltsverzeichnis

Umweltausschuss verschärft Vorgaben der Kommission zur Kreislaufwirtschaft

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat diese Woche über vier Legislativvorschläge, die gemeinsam das Kreislaufwirtschaftspaket bilden, abgestimmt. Im Bereich der Zielsetzungen sprachen sich

die Abgeordneten für jene **strengeren Werte** aus, die bereits im ursprünglichen Kommissionsvorschlag, der mit dem Antritt der „Juncker-Kommission“ zurückgenommen wurde, enthalten waren.

Konkret bedeutet dies, dass nach Auffassung des Umweltausschusses im **Jahr 2030 70 Prozent aller Siedlungsabfälle recycelt** werden sollten. Für **Verpackungsabfall** wird ein **Recyclingziel von 80 Prozent** bis zum Jahr 2030 vorgeschrieben, wobei für **einzelne Materialien** ebenfalls bis zum Jahr 2030 **verschärfte Subziele** festgelegt wurden: Holz sollte zu 80 Prozent recycelt werden; bei den Materialien Glas, Metalle sowie Papier und Karton wünscht sich der Umweltausschuss gar eine Recyclingrate von 90 Prozent. Um die **Messung der Recyclingquoten**

Das Kreislaufwirtschaftspaket besteht neben einer Mitteilung aus Vorschlägen für die Überarbeitung der Richtlinie über Abfälle, der Richtlinie über Verpackungsabfälle, der Deponierichtlinie sowie der Richtlinie über Elektronikabfälle.

europaweit gleich zu gestalten, sprechen sich die Abgeordneten für die Etablierung einer **einheitlichen Messmethode** aus, welche ausschließlich auf jene Abfallmengen abstellt, die in den finalen Recyclingprozess Eingang finden. Gerade diese Kombination aus extrem ambitionierten Zielwerten mit einer Messmethode, bei der von vornherein bestimmte Abfälle nicht als Beitrag zur Recyclingquote gerechnet werden können, lässt stark an der **technischen Erfüllbarkeit dieser Vorgaben zweifeln**. Die Mitgesetzgeber müssen sich jedenfalls an die Maxime halten, dass Zielvorgaben stets technisch machbar, ökonomisch vertretbar und ökologisch sinnvoll sind.

Auch in Bezug auf die **Deponierung von Siedlungsabfällen** geht der Umweltausschuss einen Schritt weiter als die Kommission. Während Letztere die Deponierung von Siedlungsabfällen im Jahre 2030 auf zehn Prozent limitieren möchte, erlauben die Parlamentarier nur eine **Obergrenze von fünf Prozent**. Die WKÖ kann sich durchaus ein strengeres Limit für die Deponierung von Abfällen vorstellen, da deponierte Ressourcen verlorene Ressourcen sind. Auch hier gilt jedoch wiederum, dass der entsprechende Wert jedenfalls technisch möglich und sowohl ökonomisch als auch ökologisch sinnvoll sein muss.

Neu ist die Etablierung eines eigenen „**Wiederverwendungs-Ziels**“. Konkret sollten fünf **Prozent aller Siedlungsabfälle** bis zum Jahr 2030 für die Wiederverwendung vorbereitet (d.h. kontrolliert, gereinigt und/oder repariert) werden. Besonders zu **kritisieren** ist die Tatsache, dass der Ausschuss die von der Kommission vorgeschlagene **Definition des Begriffs „Siedlungsabfälle“** – insbesondere das in der **Formulierung enthaltene Mengenkriterium** – **abgelehnt** hat. Dadurch wird den Unternehmen jegliche Freiheit entzogen, darüber zu entscheiden, wer auf welche Art und Weise und vor allem zu welchen Kosten ihren Abfall entsorgt.

In unverbindlicher Form sprachen sich die Parlamentarier außerdem dafür aus, **Nahrungsmittelabfälle** („food waste“) bis zum Jahr 2025 um 30 Prozent bzw. **bis zum Jahr 2030 um 50 Prozent zu reduzieren**.

Das Plenum des Europäischen Parlaments wird voraussichtlich im März über das Kreislaufwirtschaftspaket abstimmen. Im Rat müssen sich die Mitgliedstaaten erst auf eine Position einigen.

Ansprechpartner: Franz Brudl

Inhaltsverzeichnis

Neues aus anderen Bereichen

EU-Lehrgang der WKÖ in Brüssel

Diese Woche kamen wieder **interessierte Mitarbeiter aus verschiedenen Bereichen der WKÖ für mehrere Tage nach Brüssel**, um sich aus erster Hand Informationen über die EU zu holen und das theoretische Wissen abzurunden. Sie hatten dabei die Gelegenheit, die EU-Institutionen zu besuchen und Entscheidungsträger zu treffen.

Highlights des Programms waren u.a. Termine mit EU-Botschafter Walter Grahammer, sowie den Europaabgeordneten Paul Rübzig und Evelyn Regner und mit WKÖ-Vizepräsidentin und UEAPME-Präsidentin Ulrike Rabmer-Koller.

Es fand zu unterschiedlichen europapolitischen Themen ein Austausch statt, insbesondere auch über die großen Herausforderungen, vor denen die EU gerade steht. Der EU-Lehrgang der WKÖ bietet Mitarbeitern die Gelegenheit, ihr Wissen über die EU zu vertiefen.



Ansprechpartnerin: **Sonia Hassan**

Inhaltsverzeichnis

Neues aus den Verbänden

Rabmer-Koller: Bessere Garantiemöglichkeiten helfen KMU bei Finanzierungsproblemen

„Der Zugang zu Finanzmitteln bleibt eine der großen Herausforderungen für kleinere und mittlere Unternehmen. Ursache ist oftmals ein Mangel an Sicherheiten“, betonte UEAPME-Präsidentin und WKÖ-Vizepräsidentin Ulrike Rabmer-Koller am Donnerstag, in Brüssel. Anlässlich der anstehenden Halbzeitüberprüfung des COSME-Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und des Innovationsförderprogramms InnovFin haben der Europäische KMU- und Handwerksverband UEAPME und AECM,

der Dachverband der Garantieinstitutionen in Europa, ein gemeinsames **Positionspapier** zu Garantieinstrumenten präsentiert.

Die **Bürgschaftsinstitutionen** sind bereit, Garantien für wirtschaftlich tragfähige Projekte zu geben. Die Europäische Union unterstützt Garantien in Form von **Gegenbürgschaften** z.B. im Rahmen von COSME und InnovFin oder des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI). UEAPME und AECM unterstützen dementsprechend voll und ganz die **Verlängerung und Ausweitung des EFSI**. „Nationale Garantiebanken haben eine große Marktabdeckung bei der relevanten Zielgruppe der Start-ups und innovations- und wachstumsorientierten Unternehmen, sie sind direkt am Kunden und kennen die lokalen Marktgegebenheiten und das lokale Finanzierungsumfeld. Nationale Garantiebanken schaffen zusätzlichen Mehrwert, indem sie Beratungs- und Netzwerkservices bieten,“ ergänzt der Präsident des AECM, Bernhard Sagmeister.



Mag. Ulrike Rabmer-Koller, UEAPME-Präsidentin und WKÖ-Vizepräsidentin mit DI Bernhard Sagmeister, Präsident AECM (Photo: UEAPME/dgrohmann)

Die Hauptforderung von UEAPME und AECM ist, dass in den Regelwerken zu den Finanzinstrumenten die **Bedeutung der Garantieinstitutionen stärker anerkannt** wird. Darüber hinaus hat die Einbindung von Garantieinstituten positive Effekte bei der Nutzung öffentlicher Gelder. Eine weitere Kernanforderung von UEAPME und AECM sind ausreichende finanzielle Ressourcen für COSME und InnovFin. Bis Ende 2020 rechnet der Garantiebereich mit einer Nachfrage nur für COSME alleine von mindestens sechs Milliarden Euro. Im Vergleich zur ursprünglichen Finanzierung, die für COSME vorgesehen ist, wurden die Finanzmittel auch dank der Finanzierung durch EFSI-Mittel mehr als verdoppelt.

Ansprechpartner: **Markus Stock**

Inhaltsverzeichnis



EU-Wirtschaftsclub mit US-Diplomat Shub: Gemeinsame Ziele Jobs und Wachstum

„Dies ist eine Zeit der Unsicherheit für uns alle, sowohl in den USA als auch in Europa – aber die Welt bleibt nicht stehen“, erklärte **Adam Shub, Geschäftsträger der U.S. Mission to the European Union**, am 25. Jänner beim EU-Wirtschaftsclub in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU. Amerikaner seien von Natur aus optimistisch, sagte Shub, auch „was die Beziehung zwischen den USA und der EU angeht, zum großen Teil wegen der tiefen wirtschaftlichen Bindungen, die es zwischen uns gibt.“

Der **EU-Wirtschaftsclub Brüssel** versteht sich als Wirtschaftsplattform von Österreichern für Österreicher in Brüssel. Die Treffen finden einmal monatlich jeweils donnerstags statt. Der Teilnehmerkreis setzt sich aus Mitarbeitern der Ständigen Vertretung Österreichs, der wirtschaftlichen Interessenvertretungen sowie aus österreichischen Beamten und Experten der EU-Institutionen zusammen.

Während die neue Regierung in den USA damit beginnt ihre politischen Prioritäten zu entwickeln, so der US-Diplomat, „gibt es starke, parteiübergreifende Unterstützung für transatlantische Beziehungen auch im neuen Kongress, der im politischen System der USA in Zusammenarbeit mit der Exekutive auch ein sehr mächtiger Player ist, unter anderem im Handelsbereich.“



Auf beiden Seiten des Atlantiks würden viele Menschen nicht verstehen, was die Europäische Union bedeute, doch „am Ende wollen wir alle das gleiche: **Jobs und Wachstum**“, so Shub abschließend.

Ansprechpartnerin: Franziska Annerl

Inhaltsverzeichnis

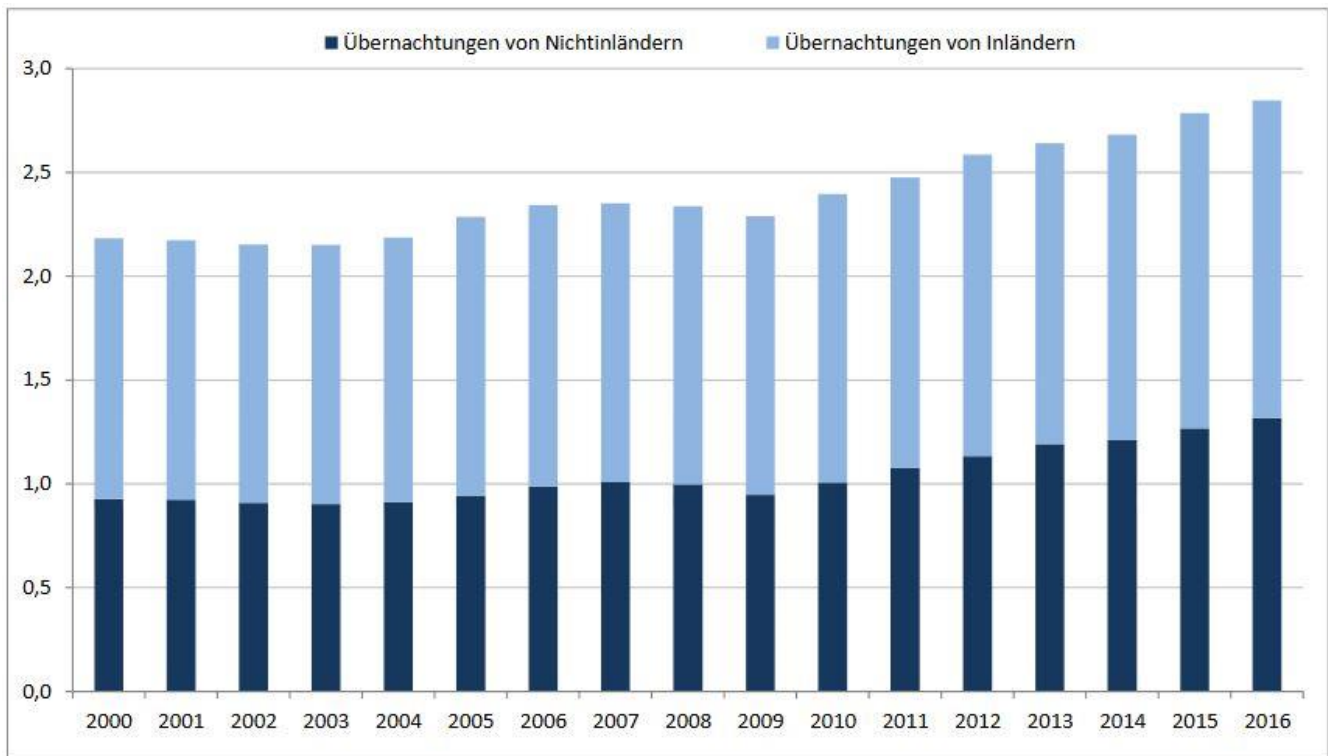


Tourismus: Zahl der Übernachtungen in der EU steigt weiter

Die Zahl der Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in der Europäischen Union hat im Jahr 2016 laut **Eurostat** über **2,8 Milliarden Übernachtungen erreicht**, was einem Anstieg um 2,0 Prozent gegenüber 2015 entspricht. Seit 2009 ist die Zahl der Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in der EU stetig gestiegen, was hauptsächlich auf Übernachtungen von Nichtinländern des jeweiligen Mitgliedstaates zurückzuführen ist.

Im Jahr 2016 hat **Spanien** (454 Millionen Übernachtungen bzw. +7,8 Prozent gegenüber 2015) seine Spitzenposition bei der Anzahl der Übernachtungen ausgebaut, darauf folgten Frankreich (395 Millionen bzw. -4,6 Prozent) und Italien (395 Millionen bzw. +0,5 Prozent). **Österreich** verzeichnete 118,8 Millionen Übernachtungen, 4,8 Prozent mehr als im Jahr davor.

Zahl der Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in der EU (in Milliarden Übernachtungen)



Ansprechpartnerin: Barbara Dallinger

Inhaltsverzeichnis



Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2198. Sitzung am 31. Januar 2017:

Die Tagesordnung stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

30.-31. Januar **Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit**

Aussprache mit der Kommission über das Dokument zu besten zur Verfügung stehenden Techniken für Großfeuerungsanlagen im Rahmen der Emissionsrichtlinie

Öffentliche Anhörung zum Thema „Erfüllung der Emissionsreduktionsziele der EU für 2030: Rolle der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF)“

Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten

30.-31. Januar

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Auf dem Weg zu einem neuen Handelsrahmen zwischen der EU und der Türkei und zur Modernisierung der Zollunion

Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten

Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassenden Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung

30.-31. Januar

Rechtsausschuss

Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts

Änderung der Richtlinie 2007/36/EG im Hinblick auf die Förderung der langfristigen Einbeziehung der Aktionäre sowie der Richtlinie 2013/34/EU in Bezug auf bestimmte Elemente der Erklärung zur Unternehmensführung
Grenzüberschreitende Verschmelzungen und Spaltungen

Auslegung und Umsetzung der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung

Grenzüberschreitender Austausch von Kopien bestimmter urheberrechtlich oder durch verwandte Schutzrechte geschützter Werke oder sonstiger Schutzgegenstände in einem zugänglichen Format zwischen der Union und Drittländern zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen

Zulässige Formen der Nutzung urheberrechtlich oder durch verwandte Schutzrechte geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen und Änderung der Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft

Inhaltsverzeichnis

Themen des Plenums des Europäischen Parlaments

1.-2. Februar

Biologische Pestizide mit geringem Risiko

Bericht über die Durchführung von Erasmus+

Bank- und Finanzwesen

Halbzeitüberprüfung der Kapitalmarktunion 2017
20.01.2017 - 13.03.2017

Besteuerung

Konsultation zur Reform der Mehrwertsteuersätze (Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf die Regeln für die Anwendung der Mehrwertsteuersätze)
20.12.2016 - 20.03.2017

Öffentliche Konsultation zur Sonderregelung für Kleinunternehmen gemäß der MwSt-Richtlinie
20.12.2016 - 20.03.2017

Öffentliche Konsultation über das endgültige Mehrwertsteuersystem für den grenzüberschreitenden EU-Handel (B2B-Lieferungen von Gegenständen)
20.12.2016 - 20.03.2017

Öffentliche Konsultation zum Funktionieren der gegenseitigen Amtshilfe zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beitreibung von Steuern
30.11.2016 - 08.03.2017

Öffentliche Konsultation - Verbrauchsteuern auf Tabakwaren
17.11.2016 - 16.02.2017

Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und -intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien
10.11.2016 - 16.02.2017

Binnenmarkt

Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung der Fazilität „Connecting Europe“
28.11.2016 - 27.02.2017

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der REACH-Verordnung im Rahmen von REFIT
28.10.2016 - 28.01.2017

Forschung und Technologie

Öffentliche Konsultation der Interessenträger - Zwischenbewertung der im Rahmen von Horizont 2020 gegründeten gemeinsamen Unternehmen
08.12.2016 - 10.03.2017

Handel

Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten
21.12.2016 - 15.03.2017

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Konsultation zu den politischen Optionen für die Festlegung von Mindestanforderungen an die Qualität von wiederverwendetem Wasser in der Europäischen Union 28.10.2016 - 27.01.2017

Innere Angelegenheiten

Halbzeitbewertung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 2014-2020
09.01.2017 - 10.04.2017

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung und Überprüfung der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)
18.01.2017 - 12.04.2017

Öffentliche Konsultation zum Thema „Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft“
10.01.2017 - 26.04.2017

Kultur

Offene öffentliche Konsultation über das Programm "Kreatives Europa"
23.01.2017 - 16.04.2017

Öffentliche Gesundheit

Halbzeitbewertung der Verordnung (EU) Nr. 652/2014 über Ausgaben im Bereich Lebens- und Futtermittel
16.12.2016 - 17.03.2017

Unternehmen

Öffentliche Konsultation zur Einführung eines Mechanismus zur freiwilligen Ex-ante-Bewertung von Aspekten der Vergabe großer Infrastrukturvorhaben
20.01.2017 - 14.04.2017

Öffentliche Konsultation zu Regelungen über die Haftung des Herstellers für Schäden, die durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht wurden
10.01.2017 - 26.04.2017

Öffentliche Konsultation: Intelligente Spezialisierung: ein neuer Ansatz für das europäische Wachstum und Beschäftigung durch regionale Innovationsstrategien
21.12.2016 - 24.03.2017

Verkehr

Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr
23.01.2017 - 23.04.2017

Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge
19.12.2016 - 24.03.2017

Inhaltsverzeichnis

Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt
14.12.2016 - 22.03.2017

Wettbewerb

Konsultation zum Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren
25.11.2016 - 25.02.2017

Zoll

Öffentliche Konsultation über Regeln für die Einfuhr von Kulturgütern
28.10.2016 - 23.01.2017

Inhaltsverzeichnis